



Detailansicht des Registereintrags

Umweltinstitut München - Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung e.V.

Aktuell seit 05.05.2026 18:07:10

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002226
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	05.05.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Goethestraße 20 80336 München Deutschland Telefonnummer: +49893077490 E-Mail-Adressen: info@umweltinstitut.org Webseiten: www.umweltinstitut.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dipl.-Reg.wiss. Franziska Buch**
Funktion: Kampagnenarbeit, Vorstandsmitglied
2. **Joy Mann M.A.**
Funktion: Öffentlichkeitsarbeit, Vorstandsmitglied
3. **Verena Schmitt Dipl. Geogr.**
Funktion: Referentin, Vorstandsmitglied
4. **Kerstin Viellehner M.A.**
Funktion: Vorstand
5. **Sandra Henoch M.A.**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Dr. rer. nat. Hauke Doerk**
2. **Ludwig Essig**
3. **Christine Vogt B.Sc.**
4. **Dr. Leonard Burtscher**
5. **Fabian Holzheid M.A.**
6. **Till Irmisch M.A.**
7. **Sophia Guttenberger M.Sc.**
8. **Moritz Tapp**
9. **Verena Schmitt Dipl. Geogr.**

Gesamtzahl der Mitglieder:

31 Mitglieder am 25.06.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (10):

1. Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR), Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen
2. KlimaAllianz Deutschland
3. European Environmental Bureau (EEB)
4. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung
5. Green Legal Impact Germany e.V.
6. Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V
7. Archiv Deutsches Atomerbe e. V.

8. Netzwerk Klimaherbst e.V.
9. Atommüllreport
10. Keine Patente auf Saatgut e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Rechtspolitik; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck des Vereins ist die Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung durch Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie durch die Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes. Das Umweltinstitut München setzt sich für eine Landwirtschaft ohne synthetische Pestizide, Massentierhaltung und Gentechnik und für eine Energiewende hin zu einer Versorgung mit 100 % erneuerbaren Energien ein. Wir messen und forschen nach und organisieren Kampagnen und Projekte, um Politik, Unternehmen und Verbraucher:innen zu mehr Umweltschutz zu bewegen.

Im Schwerpunkt wird die Interessenvertretung ausgeübt, um auf relevante Umwelt- und Klimathemen aufmerksam zu machen und Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen und -gesetze zu fördern. Hierzu werden Rechtsgutachten und Messergebnisse kommuniziert, Unterschriftenübergaben an Vertreter:innen der Regierung organisiert, offene Briefe geschrieben oder auch Pressekonferenzen organisiert.

Konkrete Regelungsvorhaben (16)

1. Schaffung eines digitalen Herkunfts- und Identifikationssystems Nährstoff- und Pflanzenschutz

Beschreibung:

Wir fordern, dass die gemäß § 11 Abs. 1 PflSchG ohnehin von den Landwirt:innen zu erfassenden Daten in einem bundesweiten, zentralen, elektronischen Register mit einem öffentlich zugänglichen Teil (anonym, jedoch parzellengenau) veröffentlicht werden.

Betroffenes geltendes Recht:

PflSchG 2012 [alle RV hierzu]; AgrStatG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406240280](#) (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [BVL-Zulassung für das Pestizidmittel Profume zum Zweck des Klimaschutzes](#)

Beschreibung:

Es sollen Anwendungsbeschränkungen für das Pestizidmittel Profume erlassen werden, die sicherstellen, dass der extrem klimaschädliche Wirkstoff Sulfurylfluorid nicht in die Atmosphäre entweichen kann. Alternativ soll die Mittelzulassung für ProFume ruhen, bis die Risikobewertung im europäischen Zulassungsverfahren von Sulfurylfluorid abgeschlossen ist.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406270230](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2406270232](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. [Green Paper Transformation Gas-/Wasserstoff- Verteilernetze](#)

Beschreibung:

Der geplante Einsatz von blauem Wasserstoff im Wärmebereich auch über 2045 hinaus steht im Widerspruch zum Ziel, bis zu diesem Jahr aus fossilen Brennstoffen auszusteigen. Analog zur Kraftwerksstrategie muss die Nutzung von Erdgas im Wärmebereich deutlich vor 2040 komplett beendet sein. Während die Abkehr von fossilen Energieträgern im Green Paper beteuert wird, stellt die weitere Nutzung von blauem Wasserstoff diese Ambition klar infrage. Die Transformation von Erdgasnetzen sollte die Ausnahme bleiben und die Stilllegung der

Erdgasnetze sollte die Regel sein, insbesondere um überhöhte Entgeltkosten für Verbraucher*innen zu vermeiden.

https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/G/green-paper-transformation-gas-wasserstoff-verteilernetze.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [[alle RV hierzu](#)]; WasserstoffNEV [[alle RV hierzu](#)]; WPG [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; Fossile Energien [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270223 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [[alle SG dorthin](#)]

4. Änderungen des Pflanzenschutzgesetzes, Pestizidtransparenz

Beschreibung:

Forderung nach Transparenz über Pestizidanwendungen in Deutschland – zu Gunsten der Gesundheitsforschung. Durch Unterstützung eines bundesweiten, zentralen, elektronischen Registers mit einem öffentlich zugänglichen Teil über die Pestizid-Anwendungsdaten. Um die Erfassung und Veröffentlichung der Pestizid-Anwendungsdaten in einem derartigen Register sicherzustellen, sollte dies bereits in der Änderung des PflSchG festgeschrieben werden und darf nicht auf die darin geplante Rechtsverordnung verschoben werden.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2505160027 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

2. SG2505160028 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

3. SG2506050017 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz

Beschreibung:

Forderung nach Reform der Schuldenbremse, Verankerung von Klimaschutz und
Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505160029 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

6. EU-Gaspaket jetzt umsetzen: Wärmewende in Kommunen ermöglichen

Beschreibung:

Zeitnahe Umsetzung der EU-Gasbinnenmarkt-Richtlinie zum Schutz der Bürger:innen sowie
Einsparung von Kosten und Emissionen

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV
hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. SG2505200010 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2507180003 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. SG2507180004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2512180025 (PDF - 29 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Versendet am 08.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

Versendet am 08.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2512180061 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Versendet am 08.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

6. SG2602130013 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Europäisches Patentrecht

Beschreibung:

Die EU-Patentrichtlinie 98/44/EG muss so überarbeitet werden, dass traditionell gezüchtete Pflanzen eindeutig vom Patentschutz ausgeschlossen bleiben.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511270013 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

8. Gasbohrungen vor Borkum: Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden öffentlich verhandeln

Beschreibung:

Das Unitarisierungsabkommen betrifft die bilaterale Zusammenarbeit beigrenzüberschreitenden Gaslagerstätten in der Nordsee und soll unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden, obwohl es massive umwelt- und klimapolitische Tragweite hat.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 650/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. August 2025 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Erschließung von grenzüberschreitenden Kohlenwasserstofflagerstätten in der Nordsee
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511280011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Angekündigte Abschaffung bzw. Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes

Beschreibung:

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung die "Abschaffung" des Heizungsgesetzes angekündigt.

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2511280015 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. SG2604020016 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2604020018 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. SG2604020022 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

5. SG2604020025 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. Änderungen am Kommissionsvorschlag zum Omnibus X (Food and Feed Safety)

Beschreibung:

Aufrechterhaltung eines gefahrenbasierten, mit dem Vorsorgeprinzip im Einklang stehenden Rechtsrahmens der EU-Pestizidgesetzgebung. Interessenvertretung gegen geplante Änderungen insb. in Verordnung (EG) 1107/2009.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 190/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 1829/2003, (EG) Nr. 1831/2003, (EG) Nr. 852/2004, (EG) Nr. 853/2004, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1099/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 528/2012 und (EU) 2017/625 im Hinblick auf die Vereinfachung und Verschärfung der Anforderungen an die Lebens- und Futtermittelsicherheit

Betroffenes geltendes Recht:

PflSchG 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2512100003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. SG2603060029 (PDF - 58 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

3. SG2604170016 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [\[alle SG dorthin\]](#)

11. **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1069: Schutz vor SLAPP-Klagen**

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2024/1069 bleibt hinter dem ursprünglichen Referentenentwurf zurück, da er nur noch grenzüberschreitende Fälle erfasst, obwohl die meisten Betroffenen nationale Verfahren betreffen (nur 7 von 30 Anfragen mit Auslandsbezug). Zudem regelt er ausschließlich gerichtliche Verfahren und nicht Abmahnungen oder anwaltliche Drohschreiben, die oft der erste Einschüchterungsschritt sind und teils mit überhöhten Streitwerten arbeiten. Die vorgesehenen Sanktionen – maximal das Doppelte der Verfahrensgebühren – wirken kaum abschreckend. Gefordert werden daher die Einbeziehung nationaler Fälle, außergerichtlicher Maßnahmen sowie eine Kostendeckelung und Erstattungspflicht bei unberechtigten Abmahnungen nach Vorbild von § 97a UrhG.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/3942 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1069 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren

Zuständiges Ministerium: [BMJV](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

12. **EU-Zulassung von Chlortoluron und anderen bedenklichen Wirkstoffen**

Beschreibung:

Das Umweltinstitut fordert die Ablehnung der Verlängerung von Chlortoluron und anderen Substitutionskandidaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (ScoPaFF) der Europäischen Union.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2604080014](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

13. **Den Zugang zum EU-Markt für Lebensmittel an die Einhaltung grundlegender EU-Standards binden**

Beschreibung:

In der Europäischen Union gelten Mindeststandards für die Lebensmittelproduktion. Trotzdem importiert die EU Lebensmittel aus Drittländern, die diesen Mindestvorgaben nicht entsprechen. Konsequente Umsetzung der Koalitionsvertragspassage zu Spiegelklauseln auf EU- und WTO-Ebene aktiv und ambitioniert für gleichwertige Importstandards eintreten.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Land- und Forstwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#);
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604080018** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. **Einführung eines bundesweiten Nachtfahrverbots für Mähroboter im Rahmen der Novellierung des Tierschutzgesetzes**

Beschreibung:

Ziel ist die Einführung eines bundesweiten Nachtfahrverbots für Mähroboter durch entsprechende gesetzliche Regelungen im Rahmen der Novellierung des Tierschutzgesetzes. Konkret soll der Betrieb von Mährobotern in den Abend- und Nachtstunden (insbesondere zwischen einer Stunde vor Sonnenuntergang und einer Stunde nach Sonnenaufgang) untersagt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Tierschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604090005 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

15. EnEfG 2026

Beschreibung:

Das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) vom 13. November 2023 soll novelliert werden, vorgeblich um die europäische Energieeffizienzrichtlinie (EED) zu erfüllen.

Wir halten die vorgeschlagenen Änderungen des BMWF für unionsrechtswidrig, möglicherweise für verfassungswidrig, da die Änderungen die Effizienzziele gefährden und die Klimawirkung verschlechtern. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die existierenden Regelungen im EnEfG bestehen bleiben und an geeigneten Stellen Nachschärfungen gemacht werden, um die drohende Zielverfehlung abzuwenden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie

Datum des Referentenentwurfs: 09.04.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnEfG [alle RV hierzu]; EDL-G [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2604140018 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2604230014 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2604230015 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

16. StromVKG (Gaskraftwerke)

Beschreibung:

Wir lehnen das StromVKG grundsätzlich ab und fordern -- im Einklang mit EU-Recht -- eine Betrachtung nachfrageseitiger Einsparmöglichkeiten vor der Ausschreibung neuer Kraftwerksleistungen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 27.04.2026

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605050040 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. **Stadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
München

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Ökolandbau erleben und verstehen: Bauernhofausflüge und Aktionstage zu Ökolandbau und gesunder Ernährung für Münchner Bildungseinrichtungen

2. **Stadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
München

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Förderung von Projekten in der Umweltberatung und im Umweltschutz. Projekt: Sicherstellung und Vernetzung der Umweltberatung in München.

3. **Umweltbundesamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Energieeffizienz als zentralen Baustein einer naturverträglichen und ressourcenschonenden Energiewende im Bewusstsein der Öffentlichkeit und in der Politik verankern und umsetzen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.460.001 bis 2.470.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Umweltinstitut-Muenchen-e-V-_2023_.pdf